

Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln

„Immer mehr steht die Bürokratisierung im Widerstreit der Meinungen. Die Leistungen der öffentlichen Verwaltung sind unbestritten. Immer deutlicher treten aber auch die negativen Folgen der Bürokratisierung ins Bewußtsein: sie bedroht zunehmend die Freiheit des einzelnen, erstickt Initiative und Unternehmensgeist in Wirtschaft und Gesellschaft“.

Mit diesen Worten hat der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, zu der wissenschaftlichen Fachtagung eingeladen, die die CDU am 19. und 20. April 1978 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn durchführt. Die Fachtagung steht unter dem Thema: „Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln. Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.“ Auf dieser Konferenz werden Wissenschaftler und Experten aus den Verbänden und der Wirtschaft sprechen, z. B. die Professoren Roman Herzog, Northcote Parkinson, Erwin K. Scheuch, Helmut Klages, Philipp Herder-Dorneich und Niklas Luhmann. An der Podiumsdiskussion am Abend des 19. April werden teilnehmen u. a. Norbert Blüm und der Innenminister von Baden-Württemberg, Lothar Späth. Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, wird referieren zum Thema: „Alternativen zu einer verbürokratisierten Gesellschaft“.

Die CDU will auf diesem Kongreß Chancen und Gefahren der Freiheit in unserer Gesellschaft untersuchen. Dazu hat Helmut Kohl schon auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin vom 22. bis 24. September 1977 ausgeführt:

„Eine Politik, die es dem Staat zur Aufgabe macht, die Freiheit und Gleichheit seiner Bürger materiell zu verwirklichen, muß an diesem Anspruch scheitern. Der Staat kann der Freiheit des einzelnen Chancen sichern, er kann aber nicht diese Freiheit selbst herstellen.

Wo er das versucht, muß er die individuelle Freiheit überall dort einschränken, wo sie der Durchsetzung seiner allgemeinverbindlichen Regelungen im Wege stehen könnte.

Sozialisten stört das nicht, weil sie reale Gleichheit der Menschen ohnehin für wichtiger halten als die individuelle Freiheit . . .

Die Abhängigkeit des modernen Menschen von Leistungen kollektiver Daseinsvorsorge hat mittlerweile ein solches Maß angenommen, daß bereits die Bürokratie, die diese Leistungen erbringt, für viele kaum mehr durchschaubar ist.

In diesem verschlungenen System von Ämtern, Behörden und Zuständigkeiten verliert der Bürger das Gefühl der Sicherheit. Es wird ihm in unserer verwalteten Welt immer schwerer gemacht, auch nur die Chancen wahrzunehmen, die das Leben ihm offen bereithält.

Deshalb kommt es bei der weiteren Entwicklung des Sozialstaates vor allem darauf an, ihn wieder für alle Bürger verständlich und begreifbar zu machen . . .

Wir wenden uns gegen die soziale Entmündigung des Bürgers durch einen allvorsorgenden Staat: Wir fordern statt dessen, daß Eigeninitiative, Leistung und Selbständigkeit wieder gefördert werden.

Gesellschaftlicher Fortschritt ist nicht gleichbedeutend mit mehr kollektiven Leistungen und mehr Staat. Im Gegenteil: Es ist eine Wende notwendig, damit wir alle — vor allem aber die junge Generation — eine lebenswerte Zukunft haben. Diese Wende ist möglich.

Anstatt immer mehr Verantwortung dem Staat aufzubürden, müssen die dafür geeigneten Aufgaben wieder in private Hände übergeben werden.

Anstatt alle Lebensbereiche immer wieder zu zentralisieren, muß jede sinnvolle Möglichkeit einer dezentralen Aufgabenerledigung genutzt werden.

Anstatt den Nulltarif von Kollektivgütern durch eine steuerliche Umverteilungspolitik zu finanzieren, muß wieder der Bürger entscheiden können, welche Aufwendungen ihm solche Leistungen wert sind.

Anstatt alle gesellschaftlich notwendigen Leistungen vom Staat zu verlangen, muß mehr Vertrauen in die Verantwortungsbereitschaft privater Institutionen, freier Träger ebenso wie von Unternehmen und von gesellschaftlichen Organisationen gesetzt werden.

Anstatt immer mehr Bürokratie zur staatlichen Leistungserbringung aufzubauen, muß der Staat seine guten Dienste bereitstellen, um privater Initiative, sozialem Engagement und der praktischen Solidarität unserer Menschen Raum zu geben. Sie ist viel größer als gemeinhin angenommen wird.

Noch immer sind die Bürger unseres Landes bereit, Freiheit nicht nur als Gabe, sondern auch als Aufgabe zu begreifen.“

Die CDU hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die wachsende Gefahr eines wuchernden Bürokratismus den Willen zur Selbständigkeit lähmt, die Freiheit bedroht und Initiativen in Wirtschaft und Gesellschaft erstickt. Wir greifen im folgenden drei Beiträge heraus:

Kurt Biedenkopf:

Für eine Beschränkung des Staates und der Bürokratien

1. Der Staat ist in den letzten Jahren immer stärker in den gesellschaftlichen Raum eingedrungen, die Bürger, alle Parteien haben es gefördert. Der Anteil des Staates

am Bruttosozialprodukt ist ständig gewachsen. Über einen noch größeren Teil hat der Staat die Verfügungsmacht. Er verfügt inzwischen über mehr als 60 % des Volkseinkommens.

2. Zuviel Aufgaben des Staates führen dazu, daß keine Aufgabe mehr richtig gelöst wird. Bei den Bürgern führt dies zu Attentismus und Anspruchsverhalten, aber nicht zu Selbständigkeit. Es muß Abschied genommen werden von überholten politischen Vorstellungen, der Staat muß sich auf das Wesentliche beschränken und die Chancen für Selbständigkeit erweitern.

3. Eine Gefahr für die Selbständigkeit liegt auch in der „Arroganz der Macht“ der gesellschaftlichen Gruppen. Diese bilden Veto-Kartelle zur Verteidigung von tatsächlichen oder angeblichen Besitzständen. Die Politik muß dem entgegenwirken. Der Rückgang der Bereitschaft zur Selbständigkeit ist nicht nur eine klimatische, sondern eine wesentliche politische Veränderung. Eine der Ursachen ist die Diskriminierung der Altersvorsorge der Selbständigen.

4. Wenn das Bundesarbeitsministerium das System der sozialen Sicherung dahingehend definiert, daß es sich am sozial Schwächsten orientieren müsse, und daraus das „umfassendste“ System entwickelt, dann induziert dies ein Verhalten, bei dem sich alle Bürger darauf einstellen. Selbständigkeit wird dann als Irritation empfunden. Die Fähigkeit der Bürger zur eigenen Vorsorge wird bei diesem System zumindest teilweise gezeugnet: hinsichtlich der langfristigen Risiken werden die Bürger als unmündig angesehen.

5. Das Gegenteil ist notwendig. Die Bürger müssen zur Selbständigkeit ermutigt werden, sonst ersticken wir an sozialer Überlastung. Diese Forderung ist nicht unsozial. Dennoch wird auf demagogische Weise versucht, auch nur eine Diskussion darüber zu verhindern. Unsozial ist auch, daß erwiesenermaßen dem Arbeitnehmer die Kosten für unwirtschaftliche Problemlösungen aufgebürdet werden.

6. Selbständigkeit wird als Gefährdung des Machtanspruchs allmächtiger Bürokratien bekämpft, die an einer wirklichen Mündigkeit der Bürger nicht interessiert sind. Beispiele: Mitbestimmung über ein Kollektiv, Vermögensbildung über anonyme Fonds.

7. Die mittelständischen Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft sind die natürlichen Verbündeten der Arbeitnehmer. Sie vertreten eine Ordnung, die vor allem dem arbeitenden Menschen dient. Die soziale Gerechtigkeit ist dieser Ordnung immanent. Die Arbeitslosigkeit ist in mittelständisch geprägten Regionen viel geringer als anderswo.

8. Eine breite Vermögensbildung ist unmöglich, weil sie von den Gewerkschaften abgelehnt wird. Die Regierung ist dadurch gebunden. Die Gewerkschaften haben sie ihrer Handlungsfähigkeit beraubt. Die Gewerkschaften behaupten, Strukturräte seien notwendig auch zur Überwindung der „Investitionsblockade“. Also bestreiten sie der Regierung die Handlungsfähigkeit. Saldo: Ohne gesellschaftliche Gruppen läuft nichts mehr. Das ist eine andere Struktur als die des Grundgesetzes. Und weder demokratisch, noch fortschrittlich noch sozial.

9. Die Unternehmer haben sich nicht gescheut, die Risiken des Marktes und des Wettbewerbs zu übernehmen. Aber sie können nicht in unbegrenztem Umfang die Risiken politischer Tätigkeit verkraften. Der Staat hat Interventionen in die Marktwirtschaft unternommen in der Annahme, die Unternehmer seien immer in der Lage, die Folgen auszugleichen. Die Risiken des Verdauens hat man ihnen überlassen. Die Risiken sind heute größer als die Chancen.

10. Die Strukturräte werden vom Minister Ehrenberg lediglich als eine Instanz zur „Vorklärung“ bezeichnet. Aber hier ist eine Einführung der Vergesellschaftung durch die Hintertür, der mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Wer hätte denn den Mut oder auch nur die Möglichkeit, gegen den Rat paritätischer Räte zu investieren?

11. Es stellt sich die Frage, ob die Unternehmer das Geld haben, die verbleibenden Chancen zu nutzen. Die Risikofinanzierung durch Dritte ist begrenzt. Die Eigenkapitalquote ist von 1968 bis 1976 von 31 % auf 23 % gesunken. Die Unternehmen haben einen Teil der Lasten der letzten Zeit (Lohnpolitik) aus dem Eigenkapital bezahlt. Hier ist in der Tat eine Umverteilung! Ist das wirklich im Interesse der Arbeitnehmer? Es bedeutet abnehmende Risikofreudigkeit und abnehmende Arbeitsplätze. Das schadet den Arbeitnehmern. Es ist ökonomisch verkehrt und unsozial. Nicht an den Motiven, sondern an den Folgen sind die politischen Handlungen zu messen.

(Quelle: Auf dem Kongreß des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie am 8. Dezember 1977 in der Stadthalle in Bad Godesberg, Junge Wirtschaft 1/78)

Elmar Piero, MdB:

Die Gesetzes- und Verordnungsflut lähmt den Leistungswillen

„... Es muß verhindert werden, daß Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Qualität unseres Wirtschaftssystems bürokratisch ruiniert werden. Lösungsansätze sollten in folgender Richtung gehen:

① das bestehende Gesetzes- und Verordnungsgestrüpp muß mit dem Ziel gelichtet werden, die Normen wieder überschaubar zu machen und das Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. Obwohl hier eine reformerische Daueraufgabe liegt, ist angesichts der besonderen Dringlichkeit eine Expertenkommission oder ein Sonderausschuß des Deutschen Bundestags einzusetzen.

② Neue Gesetze sollten knapp, einfach, klar gefaßt und zeitlich begrenzt werden.

③ Der Gesetzgeber sollte bei allen die Wirtschaft berührenden Gesetzen nicht nur die Belastungen der öffentlichen Haushalte, sondern auch die vermutlichen Kosten für die Unternehmen quantifizieren.

④ Der Staat muß kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als hundert Beschäftigten, die sich oft keine oder doch nur eine sehr bescheidene Verwaltungsabteilung leisten können, als Gegenleistung für den bislang unentgeltlichen Verwaltungsaufwand einen pauschalen Steuerbonus einräumen.

All dies sind nur erste Schritte in die richtige Richtung. Hinzu kommen muß eine gründliche Überprüfung der Staatstätigkeit, der Staatsorganisation und der Verwaltungspraxis. Auch und gerade der demokratische Staatsapparat muß flexibler und bürgerfreundlicher werden.“

(Quelle: Rheinischer Merkur Nr. 40 vom 7. Oktober 1977)

Wolfram Engels:

Bürokraten verspielen unsere Zukunft

„... Stellt man das Problem ganz radikal, so lautet es: Wozu eigentlich braucht man einen Staat? Die Antwort, die die Wirtschaftstheorie darauf gibt: Den Staat braucht man zur Produktion oder genauer, zur Finanzierung sogenannter öffentlicher Güter. Öffentliche Güter in diesem technischen Sinne sind nichtexklusive Güter. Ein Rundfunkprogramm ist ein solches öffentliches Gut. Wenn einer ein Rundfunkprogramm hört, kann es ein anderer ebenso hören, ohne den Nutzen des einen zu beeinträchtigen. Ein Schnitzel dagegen ist ein privates Gut. Wenn einer ein Schnitzel isst, dann kann es ein anderer nicht mehr essen. Bei der Produktion solcher öffentlicher Güter tritt das sogenannte free-rider oder Trittbrettfahrerproblem auf. Man kann Rundfunkprogramme nicht verkaufen. Die Rundfunkanstalten können niemanden vom Bezug des Rundfunkprogramms ausschließen, und die Leute wären deshalb nicht bereit, freiwillig einen Preis dafür zu zahlen. Will man öffentliche Güter finanzieren, so muß man den Weg der Zwangsumlage — in diesem Fall der Rundfunkgebühr — wählen. Solche Zwangsumlagen sind die meisten Gebühren, Beiträge, Sozialabgaben, insbesondere die Steuern.

Unser derzeitiges Problem liegt nun darin,

- daß der Staat viele Güter über Zwangsumlagen (Steuern) finanziert, die besser über Preise finanziert würden;
- daß der Staat viele Güter in eigener Regie erzeugt, die zwar durch Zwangsumlagen finanziert werden müssen, die jedoch nicht vom Staat selbst produziert zu werden brauchen;
- daß der Staat sich zur Produktion öffentlicher Güter organisatorischer Strukturen und Prinzipien bedient, die der Hoheitsverwaltung adäquat sind, die sich aber für die Produktion von Gütern denkbar schlecht eignen;
- daß der Staat in weiten Bereichen öffentliche Güter durch bürokratische Organisationen produziert, gleichzeitig aber die Bedingungen für die Funktionsfähigkeit bürokratischer Organisationen — hierarchische Befehlsstrukturen und ein starkes Entscheidungszentrum — beseitigt ...

So scheinen die politischen Folgen einer zunehmenden Bürokratisierung noch verhängnisvoller als die wirtschaftlichen. Die zunehmende Bürokratisierung lenkt die Kräfte statt in die Produktion in den Verteilungskampf; sie entfremdet den Menschen dem Staat, sie schwächt das Rechtsbewußtsein, bringt soziale Krankheitsbilder wie den Marxismus und die Irrationalität politischer Entscheidungsprozesse hervor, macht die Institutionen lernunfähig und verspielt dabei unsere Zukunft.“

(Quelle: Wirtschaftswoche Nr. 1/2 vom 23. Dezember 1976)

Insbesondere der Mittelstand und der Einzelhandel werden durch eine Fülle bürokratischer Vorschriften gelähmt und belastet. Wie das konkret aussieht, veranschaulicht:

Der „gesetzliche“ Arbeitstag von Tante Emma

Tante Emma — stellvertretend für alle Lebensmittel-Einzelhändler, Leiter von Selbstbedienungsläden und Supermärkten und verantwortliche Geschäftsführer der Lebensmittelabteilungen von Warenhäusern und Supermärkten — ist täglich morgens die erste in ihrem Geschäft in der Einkaufsstraße, die zu dieser Zeit noch „schläft“. Tante Emmas Geschäft — ein moderner Lebensmittel-SB-Laden, mit allem, was man so täglich braucht, angefangen vom Beamtenfrühstück bis zum Festagsbraten.

Das „problemlose“ Prinzip der Selbstbedienung ist längst integriert und so verkauft sich alles ganz von selbst — vorausgesetzt, der Gesetzgeber macht mit! Und so beobachteten wir Tante Emmas „gesetzlichen“ Arbeitstag.

Ein Pfund Apfelsinen und einen Blumenkohl bitte! Halt, so einfach geht das nicht, nämlich nicht ohne Handelsklasse..., Herkunftsland... Schale mit Orthophenylphenol behandelt, nicht zum Verzehr geeignet und Kilogrammpreis und Stückpreis, wenn ich bitten darf.

In der Tiefkühltruhe herrliche Hähnchen — aber es genügt nicht, daß darauf steht, wie schwer sie sind und was so ein Hähnchen kostet, oh nein! Zusätzlich muß der Kilogrammpreis angegeben sein, und das alles sowohl auf dem Etikett als auch auf dem Preisschild über der Tiefkühltruhe.

An der Fleischtheke ist einiges nicht in Ordnung. Zu jeder Wurst das entsprechende Preisschild? überlegt sie — mein Gott bei der Vielzahl der Wurstsorten — wohin bloß mit den vielen Preisschildern — das geht ja gar nicht! Oh doch, es muß gehen und wenn man vor Preisschildern keine Wurst mehr sieht.

Und das Wort „einfach“ auf dem Sonderangebotsschild dort oben muß in jedem Falle genauso stark und genauso groß wie der Name der Wurst als solcher geschrieben sein. Und bitte ausschreiben und „einfach“ nicht einfach abkürzen.

Und welche Wurstsorten wurden doch gleich „mit Phosphat“ hergestellt, ach nein, diese nicht! bei denen muß es ja heißen: Hergestellt unter Verwendung von Milcheiweiß“.

Und Fräulein Schmitz, achten Sie darauf, daß die eingepackten Schinkenstücke da hinten in der Theke genauestens ausgezeichnet sind! Auch wenn wir sie als Stück nicht verkaufen, muß da in jedem Fall genau darauf stehen, was es ist, wie schwer es ist, was es kostet und wie der Kilopreis lautet.

Und bitte den Ventilator in der Fleischabteilung dort hinten einschalten, wenn die ersten Kunden kommen! Sie wissen ja, wenn der nicht läuft, dürfen Sie hier gar nichts verkaufen — so schreibt es die Hackfleischverordnung vor.

Und was ich noch fragen wollte, Fräulein Schmitz, Sie waren doch vorige Woche zur Untersuchung? Sie wissen doch wegen der Salmonellen! Und ich kann mich darauf verlassen, daß ihr Gesundheitspaß also in Ordnung ist? Denken Sie an das Bundesseuchen-Gesetz! Ich darf Sie sonst hier nicht beschäftigen.

Nein, Fräulein Wagner, was machen Sie denn da, ich kriege Ärger mit der Berufsgenossenschaft und außerdem steht das im Arbeitssicherheitsgesetz, daß sie beim Aufschneiden von Wurst immer den Resthalter an der Maschine benutzen müssen. Sie sollten die Unfallverhütungs-Vorschriften doch noch einmal genau studieren!

Und bei dieser Gelegenheit erinnert sich Tante Emma, daß sie schon immer nachsehen wollte, ob die am Schwarzen Brett auszuhängenden Gesetzestexte: Arbeitszeitordnung, Mutterschutzgesetz, Ladenschlußgesetz und Jugendarbeitsschutzgesetz auch aushängen — denn das ist Vorschrift!

Beim Einräumen der Milchpackungen erinnert sich Tante Emma, wie sie seinerzeit bangte wegen der Milchkonzession. Die hatte sie nämlich nicht beantragt, weil sie ja nun nicht wie im Milchgeschäft Milch lose verkaufen wollte. Aber da belehrte man sie eines Besseren, ob Milch lose oder in verpackter Form — die Milchkonzession muß da sein!

Verfalldatum, Abpackdatum, Herstellungsdatum, Haltbarkeitsdatum, — heute muß ich das ganze Sortiment einmal durchgehen, denkt Tante Emma, denn sie kann das niemandem anders überlassen. Denn die Verantwortung übernimmt niemand, wenn da bei einer Lebensmittel-Kontrolle unter Umständen ein Artikel gefunden wird, dessen Verfalldatum überschritten ist.

Und bei dieser Gelegenheit kontrolliert sie dann gleich auch noch einmal die Temperatur der Tiefkühltruhe mit dem speziell geeichten Thermometer, nachdem sie bei der letzten Kontrolle der Lebensmittelpolizei eine böse Verwarnung hinnehmen mußte, weil sie sich auf die eingebauten Thermometer in der Tiefkühltruhe verlassen hatte, die 2 Grad weniger anzeigten. Und welch ein Zufall — bei dieser Gelegenheit findet sie drei Suppenhühner mit beschädigter Folie. Die darf sie ja gar nicht mehr als „A-Ware“ verkaufen. Der Fehler ist schnell behoben, indem auf dem Preis-Etikett aus dem A ein B gemacht wird.

Bislang hat Tante Emma sich mehr oder weniger gar nicht um die Kunden kümmern können. Durch ein lautes Hundebellen schreckt sie auf und eilt sofort in die Richtung — ein Hund im Laden — wo soll das hinführen — freundlich wendet sie sich an die Kundin mit dem großen Schäferhund und stellt erst jetzt fest, daß es sich um einen Blindenhund handelt — Entschuldigung, der darf natürlich herein — das muß man wissen, sonst gibt es Ärger mit der Kundin.

Woran man aber auch an alles denken muß! Aber bitte, bitte, Tante Emma, nun mal nicht übertreiben, das waren doch bislang nur ein paar von den ca. 220 Gesetzen, die ein Lebensmittel-Einzelhändler im Kopf haben muß! — Der „gesetzliche“ Arbeitstag.

Quelle: Gängelwirtschaft statt Marktwirtschaft?

Paragraphendirigismus lähmt unternehmerische Dynamik.

Eine Dokumentation der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz, November 1977.

Auch die Presse weist immer nachdrücklich auf die schädlichen Folgen der Bürokratisierung hin. Dafür nur ein Beispiel:

In den Mühlen der Bürokratie

Rückkehr der Eltern aus dem Urlaub; großes Hallo der Kinder und bald die verblüffende Frage: „Sind wir pleite? der Gerichtsvollzieher war nämlich da. Aber wir haben gezahlt.“ Wieder einmal hatten wir es mit einem exemplarischen Fall von Kleinkariertheit und Übermut einer behördlichen Stelle zu tun. Es ging um ganze 35 DM für eine klinische Laboruntersuchung. Die Rechnung war aus nicht mehr zu klärenden Gründen zunächst unbezahlt geblieben; nach der Mahnung wurde sofort mit Banküberweisung gezahlt, der Betrag auch abgebucht. Erwa vier Wochen später erschien gleichwohl besagter Gerichtsvollzieher, kassierte nochmals, nun freilich zuzüglich 10 DM Pfandkosten.

Was für eine Prozedur, wo doch ein einziger telefonischer Rückruf die Klärung gebracht hätte, wie es übrigens vernünftige Leute der Finanzämter des öfteren tun. Fehlbuchungen, Fehlleistungen gibt es überall. Aber mit dem Rechnungswesen der Krankenhäuser scheint es besonders zu hapern. Von einem anderen Krankenhaus — obwohl wir dort gottlob nicht Dauerkunden sind — wurde uns innerhalb von zwei Jahren zweimal je eine Rechnung

neuerlich zugestellt, die seit Monaten bezahlt war. Was mag da noch alles passieren, wovon die Patienten nie etwas sehen oder hören? Wieviel Verwaltungsleerlauf mag da vor sich gehen, da doch hier der Wettbewerbsdruck, unter dem die Privatwirtschaft leben muß, fehlt und Angestellte des öffentlichen Dienstes nach längerer Zugehörigkeit ebensowenig kündbar sind wie Beamte? Wenn die Kosten im Krankheitsfalle in den letzten Jahren so gewaltig gestiegen sind, dann auch deshalb, weil hier eine teure Verwaltung am Werke ist, die offensichtlich weit hinter der Effizienz von vergleichbaren Verwaltungen, etwa der Industrie, zurückbleibt.

Überhaupt kann man mit der Verwaltung im Gesundheitswesen die abenteuerlichsten Erfahrungen machen. So brachte ein Vater — ein authentischer Fall — einem Institut die Blutprobe des Sohnes. Das Kind hatte über 40 Fieber, es bestand akuter Malariaverdacht (der sich dann bestätigte). Aber die Angestellte in der Annahme des Instituts erklärte in barschem Ton, auf das Ergebnis müsse er drei bis vier Tage warten. Als der fassungslose Vater einwandte, hier gehe es doch um Leben und Tod des Kindes, erwidert sie, das könne jeder sagen, das gehe nach Arbeitsanfall, alles der Reihe nach, und sie hätten viel zu tun. Der Mann wandte sich schließlich an einen leitenden Arzt; der Fall war geklärt (wohl auch mit Folgen für die Angestellte). Der Zufall wollte es, daß wir zuvor in dem gleichen Institut zum Impfen gewesen waren, versehentlich — wie andere auch — eine Stunde vor der dafür vorgesehenen Zeit. Plötzlich öffnete sich die Behandlungstür. Auf die erstaunte Frage kam die Antwort, ich bin der Chef, ich kann hier keine Leute warten sehen. Ihr da oben, wir da unten — das kann man auch aus einer ganz anderen Perspektive betrachten.

Was auf diesem Gebiete von oben kommt, ist freilich auch oft alles andere als ein Segen. Unvergessen sind noch die sogenannten „Nachberechnungen“, wie sie in einigen Bundesländern vorgenommen wurden. Da waren Patienten schon ein halbes Jahr und länger aus dem Krankenhaus entlassen, die Rechnungen längst bezahlt; plötzlich kamen Nachforderungen oft von mehreren hundert Mark. Die zuständigen Sozialministerien hatten die Pflegesätze rückwirkend(!) erhöht. Mit dem sogenannten „Kleingedruckten“, das man sonst so gern der „kapitalistischen Wirtschaft“ zum Vorwurf macht, hatte man sich ein juristisches Feigenblatt gesichert. Ist schon ein solches Verhalten dem Bürger gegenüber völlig unzumutbar, so muß man sich auch einmal den Verwaltungsaufwand vorstellen, den eine solche Wiederauflage aller bereits abgerechneten Krankheitsfälle mit sich bringt, einen Aufwand, den letztlich die Beitragszahler obendrein finanzieren müssen.

Ein wohl unerreichtes Meisterstück in dieser Hinsicht flatterte uns vor wenigen Tagen in Form eines Briefes unserer privaten Krankenversicherungsgesellschaft auf den Tisch. Da hieß es: „Der Bundesminister für Arbeit... hat den Bundeszuschuß zur Krankenversicherung der Studenten erhöht. Der Zuschuß beträgt vom Beginn des Wintersemesters 1976/77 an 15,11 DM (bisher 15,— DM).“ Sie haben sich nicht verlesen. Das ist auch kein Druckfehler. Es handelt sich wirklich um 11 Pfennige; von diesem „Zuwachs“ kann man sich, wenn man vier Monate fleißig spart, noch nicht einmal eine Briefmarke für einen Brief kaufen.

Ist dies schon eine Tollheit, so hat es doch Methode. Da wurde wieder einmal ein Gesetz gemacht mit einem raffinierten „Anpassungsschlüssel“, nur an den so entstandenen Verwaltungsaufwand denkt offenbar niemand. Der Minister müßte doch Himmel und Hölle in Bewegung setzen, ehe er seine Unterschrift unter eine solche Bekanntmachung setzt, was immer an bürokratischen Erklärungen auch vorzubringen sein mag. Wegen 11 Pfennigen im Monat müssen die privaten Versicherungen Tausende von Briefen an ihre Kunden verschicken, Tausende von zusätzlichen Buchungen vornehmen. Ein Fachmann sagte uns, es könnte sein, daß der Betrag im nächsten Jahr auf 15,23 oder 15,24 DM erhöht werde, offensichtlich ein Schwachsinn ohne Ende. Wer den Pfennig nicht ehrt? Hier werden viele Hunderttausende Mark zu unser aller Lasten aus dem Fenster geworfen.

In der Post, die sich im Urlaub angesammelt hatte, fand sich auch die Nachricht der privaten Krankenversicherung, man habe leider den Tarif erhöhen müssen. Kann man sich wundern?

(Quelle: Jürgen Eick in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. November 1976)